

## **Antrag**

### **der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Belarus nach den Präsidentschaftswahlen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Durchführung der Präsidentschaftswahlen in Belarus entsprach nicht den internationalen Standards. Der Deutsche Bundestag schließt sich der Bewertung der Wahlbeobachter der OSZE an, dass diese Wahlen weder fair noch frei waren.
2. Der Deutsche Bundestag verurteilt die Verhaftung und die Verfolgung der friedlichen Demonstranten, die vor, während und nach den Wahlen ihre demokratischen Rechte wahrgenommen haben.
3. Die Demokratiebewegung in Belarus hat an Kraft und Zustimmung gewonnen, und die Menschen in Belarus beginnen, ihre Angst zu überwinden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- alles zu tun, damit die Verhafteten, unter anderen auch Alexander Kosulin, unverzüglich freigelassen werden;
- alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Demokratiebewegung und die Zivilgesellschaft in Belarus nachhaltig zu unterstützen;
- mit Russland kontinuierlich einen Dialog über die Situation in Belarus zu führen;
- sich für eine Strategie der EU gegenüber Belarus einzusetzen, die auch Sanktionen einschließt, wie z. B. das Einfrieren von Konten sowie restriktive Maßnahmen gegen diejenigen, die für die Verletzung der internationalen Wahlstandards verantwortlich sind bzw. an Repressionen gegen Demonstranten im Zusammenhang mit den Wahlen beteiligt waren;
- sich dafür einzusetzen, den Führer der weißrussischen Oppositionsbewegung Alexander Milinkjewitsch zum nächsten Treffen des Allgemeinen Rats am 10. April 2006 nach Luxemburg einzuladen.

Berlin, den 29. März 2006

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**  
**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

